

## Ein Wirtschaftsmodell «à la lémanique»



Die wirtschaftliche Entwicklung in der Genferseeregion der letzten Jahre hat viele Beobachter überrascht. Manche sprechen gar von einem Wirtschaftsmodell à la lémanique.

Was ist damit gemeint? Gemäss der gängigen Wirtschaftstheorie der „Cluster“ oder Kompetenzschwerpunkte von Harvardprofessor Michael Porter bestehen in der Genferseeregion nicht weniger als 11 Cluster: Lebensmittelindustrie, Private Banking, Uhren und Luxusgüter, Internationale Organisationen, Tourismus, Medizinaltechnik, Wissenschaft, Mikrotechnik, Handel, Kosmetik sowie Biotechnologie. Mangels Synergien müsste sich eine Region mit einer derart verzettelten Wirtschaftsstruktur nach Cluster-Lehrbuch unterdurchschnittlich entwickeln. Doch davon ist nichts zu spüren!

Warum sich also nicht die Frage stellen, ob die Stärke moderner Volkswirtschaften vielmehr mit einem anderen Phänomen zusammenhängt, dem sogenannten „Spillover“-Effekt? Dieser wird als Überschwappen von Kompetenzen von

einer Organisationseinheit auf die nächste definiert, das heisst als die Fähigkeit zur Nachahmung und Perfektionierung durch Überschwappen von Kompetenzen („spillover“). Wenn also die Fähigkeit zum Austausch, zum Netzwerken und zum gegenseitigen wirtschaftlichen Anspornen ein Merkmal der modernen Wirtschaftsentwicklung ist, dann hätte die Genferseeregion diesbezüglich Modellcharakter.

In der Tat eine verführerische Hypothese. Sie könnte auf jeden Fall einen Erklärungsansatz für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Region darstellen. Sie würde gleichzeitig die Bedeutung von Bestrebungen in der Vernetzung (Kontaktplattform Résonance, Foren wie dasjenige in Glion oder das „Forum des 100“), im Wissensaustausch (das IMD oder universitäre Bildungsstätten) oder in der engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und akademischer Welt (EPFL, Universitäten) unterstreichen. Eine entscheidende Rolle spielen auch die englischsprachigen Privatschulen, grosse kulturelle Anlässe (Montreux Jazz Fes-

tival, Bèjart-Ballet in Lausanne, Paléo-Festival in Nyon, etc.), die Mediatisierung von neuen „Helden“ wie Patrick Aebischer (EPFL), Daniel Borel (Logitech), Marc Burki (Swissquote), Bertrand Piccard (Solar Impulse) oder auch Ernesto Bertarelli (Serono-Alinghi), die zunehmende Mobilität sowie die Ansiedlung von internationalen Unternehmen wie Procter&Gamble, Medtronic, Yahoo etc. und von internationalen Organisationen wie das CERN, die UNO, die WTO, das WEF, der WWF, das Olympische Komitee etc.

Diese aussergewöhnliche Mischung beginnt sich auszuzahlen. Personen haben sich kennen gelernt, haben Kenntnisse und Fähigkeiten ausgetauscht, haben sich gegenseitig angeregt und so ein leistungsfähiges Qualitäts-Knowhow geschaffen.

Ohne Zweifel gehört dieses sozio-ökonomische Netzwerk zu den grundlegenden „atypischen“ Rahmenbedingungen dieses Wirtschaftsmodells à la lémanique. Gleichzeitig fällt auf, dass dieses Modell auf den urbanen Qualitäten aufbaut, wie sie für die städtischen Zentren („edge cities“) der Genferseeregion typisch sind. Diese sind allerdings nicht als Zentren in der Art von Zürich zu verstehen, sondern vielmehr als Städtetz.

X Comtesse

Dr. Xavier Comtesse, Avenir Suisse

*Die Meinung des Gastautors braucht sich nicht mit derjenigen des Schweizerischen Städteverbandes zu decken.*



## Interview

# „Es braucht eine Standortförderung mit kurzen Wegen“



Interview mit Nationalrat Thomas Müller, Stadtpräsident von Rorschach

**Die Stadt:** Rorschach lässt nach Jahren mit rückläufigen Bevölkerungs- und Beschäftigungszahlen in jüngerer Zeit mit Unternehmensansiedlungen aufhorchen. Eine Trendwende in der wirtschaftlichen Entwicklung Ihrer Stadt?

**Thomas Müller:** Ja. Rorschach ist mit 1,7 km<sup>2</sup> voll überbauter Fläche die kleinste Gemeinde im Kanton St. Gallen. Von 1964 bis 2004 verloren wir fast 40% der Einwohner. Zuerst weil kaum Land für Wohneigentum vorhanden war, dann kam die Schliessung des grössten Arbeitgebers „Feldmühle“ und schliesslich der Wegzug aus Unzufriedenheit mit der Situation der Stadt. Der Einwohnerrückgang bedeutete Kaufkraft- und Steuerkraftverlust. Beim Amtsantritt am 1. Oktober 2003 wusste ich, dass Rorschach sich klare Ziele setzen muss, um die Trendwende zu schaffen: Neuen Wohnraum mit Seesicht als Stärke und neue Unternehmen, die im dicht überbauten Stadtkörper nachbarverträglich sind. Das geht nicht von heute auf morgen. Nach fünf Jahren Grundlagenarbeit zeigen sich erste Resultate: Die Einwohnerzahl steigt, neue Unternehmen sind gekommen.

**Letztes Beispiel ist die Würth-Gruppe, die vor einigen Wochen bekannt gegeben hat, in Rorschach ein Ausbildungs- und Trainingszentrum realisieren zu wollen. Welche Faktoren gaben für Würth den Ausschlag für Ihre Stadt?**

In erster Linie die für einen repräsentativen Neubau einmalige Lage am See, wobei der Seezugang öffentlich bleibt, sowie die Nähe zum Flugplatz Altenrhein. Zudem haben wir Komplimente für die Geschäftsabwicklung bekommen.

**Was sind aus städtischer Sicht die Erfolgsfaktoren für eine erfolgreiche Unternehmensansiedlung?**

Man muss geeignete Grundstücke erkennen und zusammen mit den bisherigen Eigentümern quasi auf Vorrat verfügbar machen. Nur solche Grundstücke sind am Markt wirklich interessant. Kein Unternehmen will bei der Standortevaluation lange auf Antwort warten, was gebaut werden kann und darf.

**Was versprechen Sie sich von dieser Unternehmensansiedlung?**

Würth beabsichtigt, in Schritten bis zu 500 Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn wir gleichzeitig unsere Hausaufgaben bei der Förderung von modernem Wohnraum machen, bringt uns die Unternehmensansiedlung zusätzliche Einwohner und damit Kaufkraft und Steueraufkommen.

**Wo sehen Sie die besonderen Stärken der Städte in der Wirtschaftsentwicklung?**

Die Städte kennen ihre verfügbaren Grundstücke und deren Potential am besten. Wichtig ist ein gutes Netzwerk

am Markt, das die Türen zu direkten Kontakten ermöglicht. Wichtig ist auch das Verständnis für die Bedürfnisse eines Unternehmens, das einen neuen Standort sucht. Eine Rolle spielt zudem der stimulierende Mix an unterschiedlichen Kenntnissen und Erfahrungen sowie das Angebot an Infrastrukturen und Dienstleistungen, vom Arbeitsmarkt über den öffentlichen Verkehr und Schulen bis zu Kultur und Sport.

**Was müssen Städte noch besser machen, um ihrer Rolle als wirtschaftliche Lokomotiven gerecht zu werden?**

Es braucht eine Standortförderung mit kurzen Wegen. Unternehmer sind Organisationsprofis. Die erkennen rasch, ob eine Stadt ein verlässlicher Partner ist. Gute Erfahrungen haben wir mit dem one-stop-shop-Prinzip gemacht. Eine einzige Person als Anlaufstelle, die sämtliche Anfragen und Auskünfte koordiniert, auch mit den kantonalen Behörden. Unternehmer interessiert nicht, welche Ämter für welche Fragen zuständig sind.

**In welchem Zusammenhang zur wirtschaftlichen Entwicklung steht die Teilnahme Rorschachs am Quartierentwicklungsprojekt „projet urbain“?**

Als Folge des früheren Einwohnerrückgangs hat Rorschach Quartiere mit veralteter Bausubstanz. Selbst in einer Kleinstadt besteht die Gefahr der Ghettobildung mit Folgen für die Sozialhilfekosten. Mit der Teilnahme am „projet urbain“ wollen wir auch für dieses Problem eine Lösung entwickeln.



## Schwerpunkt Standortförderung

### Die Stadt – Magnet der Kreativität

**Die Schweiz, das Land von Matterhorn und Jungfrauoch, ist eigentlich ein Stadtland. Das gilt erst recht in wirtschaftlicher Hinsicht, stammen doch rund 84% der Wirtschaftsleistung aus städtischen Gebieten. Hochspezialisiertes Wissen spielt dabei eine besondere Rolle. Das zeigt eine Sonderauswertung, die BAK Economics Basel für den SSV erstellte.**

Keine Studie von Avenir Suisse habe so heftige Reaktionen hervorgerufen, wie jene über die Metropolitanregionen, sagte der Direktor von Avenir Suisse, Thomas Held, am diesjährigen Städtetag. Dabei habe es sich nicht um eine raumplanerische Vorstellung, sondern um eine Abbildung der realen Wirtschafts- und Lebensstrukturen gehandelt. Die Studie zeigte, dass 84% der Wirtschaftsleistung in metropolitanen Räumen geschaffen werden und folgerte deshalb, dass die Schweiz ein urbanes Land sei. Erhebungen des Credit Suisse Economic Research bestätigen dieses Bild, indem sie den Anteil der Metropolitanregionen Genf, Lausanne, Bern, Basel, Zürich und Tessin an der Schweizer Wertschöpfung mit 83,4% ausweisen.

Die Anfänge der heutigen wirtschaftlichen Bedeutung der Städte liegen im 19. Jahrhundert. Im Zuge der Industrialisierung setzte ein Prozess der Landflucht und Verstädterung ein. Die städtische Bevölkerung wuchs rasant. Nach dem zweiten Weltkrieg führten der steigende Wohlstand und die Verbreitung von Verkehrsmitteln zu einer Suburbanisierungsbewegung: Wer es sich leisten konnte, zog in die Agglomeration.

Seit den 1980er Jahren nahmen die Pendlerdistanzen weiter zu, so dass die Siedlungsgebiete immer weiter in den ländlichen Raum hinauswuchsen, was alsbald als Periurbanisierung bezeichnet wurde. In den Kernstädten nahm nicht

nur die Bevölkerung ab, sondern etwas verzögert auch die Anzahl der Beschäftigten. Derweil wurden die schrumpfenden Kernstädte mitunter zu A-Städten – dem Ort, an dem Arme, Alte, Arbeitslose, Ausländer, etc. lebten.

In jüngerer Vergangenheit ist ein neuer Trend zu beobachten: Das Wohnen in der Stadt ist wieder in und im Kiessog der Bevölkerungszunahme steigt auch



die Zahl der Arbeitsplätze. Vor allem in den grossen Städten Europas und Nordamerikas ist derzeit ein regelrechtes Buhlen um die so genannte „Kreativen“ festzustellen. Diese „kreative Klasse“, zu der Wissenschaftlerinnen, Journalisten, Informatikerinnen, Künstler, Designerinnen etc. gezählt werden, hat allein in den USA zu mehr als 20 Mio. neuen Jobs beigetragen.

Für den Stadtforscher Richard Florida machen drei Kriterien eine Stadt für Kreativität besonders attraktiv: Technologie,

Talent und Toleranz. Technologie steht für das Vorhandensein von modernen Unternehmen und Künstlerszenen, Talent für die wachsende Bedeutung des geistigen Humankapitals, und Toleranz drückt die Offenheit, den Integrationswillen und die Vielfältigkeit von Ethnien und Lebensstilen einer Stadt aus.

Stehen auch die Schweizer Städte vor einer Reurbanisierung? Wie sehen die wirtschaftlichen Perspektiven der Städte in der Schweiz aus? Am Bevölkerungswachstum der Schweiz (+4,2% seit 2000) partizipieren in der Tat die städtischen Gebiete deutlich stärker als der ländliche Raum. Gemäss Angaben des

Bundesamtes für Statistik entwickelten sich dabei mittlere und kleinere Städte im Arc lémanique und im Grossraum Zürich-Zug am dynamischsten.

Die Zahlen zur Beschäftigungsentwicklung zeigen ähnliche regionale Schwerpunkte. Während die Zahl der Beschäftigten zwischen 1995 und 2005 schweizweit lediglich um 1,4% zunahm, wuchs sie in den Metropolitanräumen Arc lémanique (+7%) sowie Zürich und Bern (je +3%)



## Schwerpunkt Standortförderung

überdurchschnittlich. Seit 2001 wurden vor allem in Martigny, Nyon, Morges, Vevey oder auch Aussererschwyz und Zug viele Arbeitsplätze geschaffen.

Mit Ausnahme von Genf weisen aber alle grösseren Kernstädte für die Zeit nach 2001 eine rückläufige Beschäftigungsentwicklung aus. Dies hängt vor allem mit dem Verlust von Industrie-Arbeitsplätzen zusammen. Dagegen hält der Trend zur Dienstleistungswirtschaft unvermindert an. Wie Auswertungen von BAK Economics zeigen, haben die grossen Schweizer Städte 2007 den Anteil der Erwerbstätigen im 3. Sektor auf über 82% gesteigert. Spitzenreiter ist Genf mit 84,8% vor Bern mit 83,9%, wogegen Basel mit 73,7% dank dem Sonderfaktor Chemie knapp unter dem Durchschnitt aller Städte und Agglomerationen (76,5%) liegt.

In den Städten sind besonders Wirtschaftsbranchen angesiedelt, die auf hoch spezialisiertes Wissen angewiesen sind. Dies zeigt sich im Standortquotient für „wissensintensive“ Dienstleistungen. Gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt (Wert 1) weisen Zürich (2,31), Lugano (1,51), Genf (1,47) und Basel (1,44) die höchsten Quotienten auf. Dies ist nicht erstaunlich, bieten sich für neue Formen der Wissens- und Kulturproduktion urbane Räume geradezu an. Deren kulturelle, soziale und wirtschaftliche Vielfalt ist der Nährboden, auf dem sich wissensorientierte Kreative verwirklichen können. Eine zukunftsgerichtete Stadtpolitik tut deshalb gut daran, diese urbanen Qualitäten zu stärken – damit die Städte ihre Rolle als Wirtschaftsmotoren weiterhin wahrnehmen können.

## „Wirtschaftlicher Erfolg einer Stadt ist kein Zufall“

**Flächenmanagement, Netzwerkorganisation und Informationskampagnen sind einige der Schlüsselfaktoren im Standortwettbewerb. Zu diesem Schluss kommt eine am Österreichischen Städtetag vorgestellte Studie über die aktuellen Trends in der Wirtschaftsförderung der Städte in Österreich.**

In Österreich wie in der Schweiz sind die Städte entscheidende Wirtschaftsmotoren, die einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftsentwicklung und damit für den Wohlstand des ganzen Landes leisten. Am österreichischen Städtetag, der Ende Mai 2008 in Innsbruck stattfand, wurde eine Studie über die Wirtschafts- und Standortförderung der österreichischen Städte präsentiert. Ein Grund für einen Blick über die Landesgrenzen.

Die Studie zeigt, dass viele Städte in Österreich durchaus klassische Strategieansätze der Wirtschafts- und Standortförderung verfolgen. Es sind dies neben der ganzheitlichen und zielgruppenorientierten Standortentwicklung Ansätze, die sich im Spannungsfeld zwischen Bestandssicherung und Ansiedlungswerbung oder Clusterbildung und Diversifizierung bewegen.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung und der zunehmenden Tertiarisierung kamen neue Strategieansätze hinzu: Zum einen bildungs- und wissensorientierte Strategien, die dem Bedeutungsgewinn von Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Standorten Rechnung tragen. Zum anderen stellt die Studie fest, dass sich in letzter Zeit vermehrt regionale Wirtschafts- und Standortkooperationen herausgebildet haben.

Bei den Instrumenten der Wirtschafts- und Standortförderung hat die „klassische“ finanzielle Förderung bei den österreichischen Städten an Bedeutung eingebüsst. Vielerorts ist das Schlüsselinstrument der kommunalen Standortpolitik weiterhin das Flächenmanagement, das neben dem Bereitstellen von Gewerbeflächen auch die langfristige Planung und Vermarktung von Grundstücken sowie die Schaffung von Gewerbe- und Technoparks umfasst. In jüngerer Vergangenheit haben verschiedene Städte Unternehmensservices (beispielsweise professionelle Verfahrenshelfer oder die Organisation von Netzwerken und Wirtschaftsforen) zu einem wichtigen Instrument entwickelt. Schliesslich betreiben die meisten österreichischen Städte auch imagebildende Informations- und Kommunikationsaktivitäten.

Nach Ansicht der Studie sind die österreichischen Städte gut für die Herausforderungen der Globalisierung und den verschärften Standortwettbewerb gerüstet. Allerdings seien die Rahmenbedingungen, wie sie auf den anderen staatlichen Ebenen definiert würden, noch verbesserungsfähig. Insbesondere in der Bildungs- und Forschungspolitik, die für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung der Städte von erstrangiger Bedeutung seien, brauche es auch deren politische Mitsprache.



## Wie weiter mit den steigenden Strompreisen?

Der Schweizerische Städteverband begrüsst die Aussprache zum Strommarkt, zu der Bundesrat Leuenberger am 24. Oktober nach Bern geladen hatte, und unterstützt die Bestrebungen, den Strompreisanstieg zu dämpfen.

Mit einer Minirevision der Stromversorgungsverordnung sollen die angekündigten Strompreiserhöhungen nahezu halbiert werden. Konkret geht es um Lösungen in den Bereichen Abschreibungspraxis bei den Netzen, kostengünstigere Bereitstellung von Systemdienstleistungen und die Möglichkeit einer frühzeitigen Überprüfung der Tarife.

Am 12. November 2008 ist dazu eine Anhörung der betroffenen Kreise vorgesehen. Die Verordnungsänderungen sollen bereits auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten, wobei die neuen Tarife ab 1. April gelten sollen und die sich ergebenden Differenzen bis im Fol-

gejahr kompensiert werden müssen. Der Städteverband wird die vorgeschlagenen Massnahmen besonders unter folgenden Gesichtspunkten beurteilen:

- Dass den unterschiedlichen Voraussetzungen in den Städten Rechnung getragen wird.
- Dass es nicht zur Diskriminierung von gut wirtschaftenden Stromversorgern kommt.
- Dass die Rechtssicherheit gewährleistet bleibt.
- Dass Investitionen in die Stromversorgung nicht erschwert und die Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigt werden.

Zusätzlich will der Bund bis im kommenden Frühjahr Detailfragen zur Einheitsbriefmarke, zur Kommunikation der Stromtarife und zu Stromtarifmodellen für Energieeffizianzanreize in Arbeitsgruppen klären. Der Städteverband ist in allen drei Arbeitsgruppen vertreten.

## «Raumkonzept Schweiz» im Widerstreit

Bereits vor der Anhörung, die im nächsten Frühjahr vorgesehen ist, gibt der Entwurf zum „Raumkonzept Schweiz“ zu reden. Das Ende August veröffentlichte Konzept entwirft ein hierarchisches Netz von Zentren mit drei Metropolitanräumen, einer Hauptstadtregion sowie weiteren Städtenetzen und Agglomerationen. Vor allem die vermeintliche Rückstufung Berns löste eine Reihe von parlamentarischen Vorstössen aus.

Jenseits aller regionalpolitischen Überlegungen wirft der vorliegende Konzept-Entwurf grundlegende Fragen auf: Welche Kategorien sind für dieses Konzept sinnvoll? Wie und nach welchen Kriterien werden die Kategorien voneinander abgegrenzt? Inwiefern dienen die Kategorisierungen als Grundlage für die Mittelallokation? Welche Aufgabe und Rolle kommt einer Landeshauptstadt zu?

## Hearing der Sozial- und Gesundheitskommission des Ständerats

Das System der sozialen Sicherheit ist heute nicht koordiniert und setzt z.T. falsche Anreize. Eine Reform muss auf gezielte Unterstützung von Risikogruppen und frühe Intervention und Prävention, stärkere Koordination und Steuerung durch den Bund und bessere Kooperation der Sozialwerke setzen – bis hin zu deren (Teil-)Zusammenlegung. Städte und Gemeinden sind in allen Phasen der Politikgestaltung konsequent einzubeziehen. Dies legten der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und die SSV-Direktorin an einem Hearing der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates dar.



## Vernehmlassungen

### Volkszählung: Fehlende kleinräumige Strukturdaten

Zwar bringt das neue System der Volkszählung 2010 für die Kommunen eine Entlastung, führt aber auch dazu, dass gerade für die zukunftsgerichtete Agglomerationspolitik wichtige Strukturdaten auf kleinräumiger Ebene zukünftig fehlen werden. Dies hat zur Folge, dass die Städte diese Daten selber erheben müssen und dies u.U. nach unterschiedlichen Methoden geschieht. Im Rahmen der Volkszählung sollen deshalb Zusatzerhebungen für kantonale Teilgebiete (z.B. von Städten) weiterhin möglich sein.

### Sportpolitik: Wichtige Rolle der Städte

Der Schweizerische Städteverband unterstützt die Totalrevision des Bundesgesetzes über Förderung von Turnen und Sport, weil sie der Rolle der Städte und Gemeinden als wichtige Sportförderer Rechnung trägt. Folgerichtig soll der Bund zur Sportförderung auch mit Städten und Gemeinden Leistungsverträge abschliessen können. Auch sollen minimale Vorgaben zum Sportunterricht und der Grundsatz der Leistungssportförderung als Bundesaufgabe im Gesetz verankert werden.

### Präventions- und Gesundheitspolitik: Mitsprache bei Zielformulierung

Für den Städteverband ist das neue Präventionsgesetz ein wichtiger Schritt zur Förderung und Verbesserung der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung. Der Gesetzesentwurf führt namentlich zu einer besseren Strukturierung und Harmonisierung der Aktivitäten in diesem Bereich.

Viele Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen setzen für eine erfolgreiche Umsetzung die enge Zusammenarbeit mit Gemeinden und Städten voraus. Deshalb ist es unverständlich, dass Städte und Gemeinden im Gesetzestext nicht vorkommen.

Der Städteverband fordert nachdrücklich, dass die Kommunalverbände bei der Formulierung der nationalen Ziele als gleichberechtigte Partner einbezogen werden.

Die Schaffung eines Instituts für Prävention und Gesundheitsförderung beurteilt der schweizerische Städteverband kritisch. Um das Risiko von Kompetenz- und Abgrenzungsproblemen zu minimieren, ist das zukünftige Gesundheitsförderungs- und Präventionsmanagement am sinnvollsten im Bundesamt für Gesundheit anzusiedeln.

### Nationalstrassenbeschluss: Enge Zusammenarbeit nötig

Entgegen der Einschätzung des Vernehmlassungsberichts ist der Städteverband sehr wohl der Meinung, dass die Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz auch für die Gemeinden Veränderungen bringt. Diese stellt der Städteverband nicht grundsätzlich in Frage. Er fordert aber, dass v.a. bei innerstädtischen Nationalstrassen die städtischen Anliegen besonders berücksichtigt werden und generell der Zusammenarbeit zwischen Bund und Städten/Gemeinden ein hoher Stellenwert zukommt. Die Kostentragung ist genau zu prüfen.



Vollständige Vernehmlassungen des SSV unter [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)



## Auswirkungen der Finanzkrise auf die Städte?

Die Finanzkrise steht weiterhin weit oben auf der politischen Agenda. Die Auswirkungen gerade für die öffentliche Hand sind noch schwer abschätzbar. Der Schweizerische Städteverband führt bei seinen Mitgliedern eine diesbezügliche Umfrage durch. Die Resultate der Umfrage werden im Dezember 2008 veröffentlicht.



## Agenda

### Schweizerischer Städteverband

#### 27. / 28. August 2009

Städtetag  
in Luzern

*Weitere Auskünfte:*

*Christina Grab*

*E-Mail: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)*

*Tel: 031 356 32 32*

### Kommunale Infrastruktur

#### 13. November 2008

Workshop Führungsfragen  
in Nottwil

#### 25. November 2008

Fachtagung: Biogene Abfälle aus Städten und Gemeinden - wie verwerten?  
in Olten

*Weitere Auskünfte:*

*Laura Fellmann*

*E-Mail: [info@kommunale-infrastruktur.ch](mailto:info@kommunale-infrastruktur.ch)*

*Tel: 031 356 32 32*

### Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder

#### 19. Juni 2009

Generalversammlung  
in der Region glow.das Glattal

*Weitere Auskünfte:*

*Urs Müller*

*E-Mail: [urs.mueller@wallisellen.zh.ch](mailto:urs.mueller@wallisellen.zh.ch)*

*Tel: 044 832 62 40*

### Städteinitiative Sozialpolitik

#### 14. November 2008

Herbstkonferenz zum  
Thema «Frühförderung - Investition in eine nachhaltige Sozialpolitik»  
in Lausanne

#### 15. Mai 2009

Konferenz der Städteinitiative  
in St. Gallen

*Weitere Auskünfte:*

*Städteinitiative Sozialpolitik*

*E-Mail: [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)*

*Tel: 041 208 81 32*

### Weitere Organisationen

#### 18. November 2008

2. Nationales eGovernment-Symposium

Veranstalter: Informatikstrategieorgan des Bundes, Berner Fachhochschule, Verband Swiss ICT, Stiftung Produktive Schweiz, ePower für die Schweiz  
in Bern

*Weitere Auskünfte:*

*Andreas Hugli, Geschäftsführer Verein*

*eGovernment-Symposium*

*E-Mail: [info@egovernment-symposium.ch](mailto:info@egovernment-symposium.ch)*

*Tel: 031 312 18 48*

*[www.egovernment-symposium.ch](http://www.egovernment-symposium.ch)*

#### 26. November 2008

Nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde steuern und beurteilen

Veranstalter: Pusch, in Zusammenarbeit mit SSV und dem Bundesamt für Raumentwicklung  
in Olten

*Weitere Auskünfte:*

*Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch*

*E-Mail: [mail@umweltschutz.ch](mailto:mail@umweltschutz.ch)*

*Tel: 044 267 44 11*

#### 28./29. Januar 2009

Öffentlicher Raum - zwischen Planbarkeit und Unberechenbarkeit

Veranstalter: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN, Verein Future for the commons (VFC), Hochschule Luzern - Soziale Arbeit  
in Luzern

*Weitere Auskünfte:*

*Hochschule Luzern, Janit Schumacher*

*E-Mail: [janit.schumacher@hslu.ch](mailto:janit.schumacher@hslu.ch)*

*Tel: 041 367 48 83*

*[www.hslu.ch/oeffentlicherraum](http://www.hslu.ch/oeffentlicherraum)*

## Impressum

Herausgeber:

Schweizerischer Städteverband (SSV)

Leitung: Renate Amstutz, Direktorin

Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel: 031 356 32 32

Fax: 031 356 32 33

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

Der Newsletter des SSV erscheint 8-10 Mal jährlich.

Newsletter abonnieren:

[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

